

0.1 Die Weimarer Republik

0.1.1 [„Die »14 Punkte« Präsident Wilsons“ (B. S. 199, Quelle M1)

- Räumung Belgiens, Frankreichs, Russlands und Serbiens
- Abgabe Elsaß-Lothringens von Deutschland an Frankreich zurück
- Rüstung nur zur Sicherung der inneren Sicherheit; „Sicherung“ ist ein dehnbarer Begriff: Deutschland durfte nicht selbst über das notwendige Sicherheitsmaß entscheiden.
- Gründung eines unabhängigen polnischen Staats (Gebiet war Teil Ostpreußens, also Gebietsabgabe)
- Abgabe der türkischen Gebiete auf dem Balkan (Türkei war ganz treuer Partner Deutschlands; Gebietsabgabe war evtl. ganz gut für sie, weil sie mit der Verwaltung überfordert waren)
- Rücktritt Wilhelms II.]

0.1.2 Übergang von Kaiserreich zur Republik

- [Spontane] Meuterei der Matrosen in Wilhelmshafen [wegen Auslaufsbefehl (Todeskommando) kurz vor Kriegsende]
- [Sehr schnelle] Ausbreitung der Aufstandsbewegung in vielen deutschen Großstädten
- Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten
- 7.11.: Bayern: Sturz der Wittelsbacher
- 9.11.: Räte übernehmen die Leitung der Zivilverwaltung und das militärische Kommando.

- 9.11.: [Eher unfreiwilliger] Rücktritt Wilhelms II.
M[ax] v[on] Baden überträgt F. Ebert (SPD) das Amt des Reichskanzlers.

24.03.2006

0.1.3 Legitimierung der neuen Regierung

Prinz Max von Baden setzt ein: Reichskanzler F. Ebert (SPD)/SPD-Minister

→ Vorsitzenden: Rat der Wahlbeauftragten/3 SPD, 3 USPD ← bestätigt [von der]

Versammlung der Arbeiter und Soldatenräte von Großberlin [damit Ablehnung des Rätessystems – wer wollte BTW das Rätessystem? die Kommunisten.]

→ Doppelte Legitimation (von oben [Adel, altes Regime, Konventionelle (durch Max von Baden)] und unten [Räte])

Ebert-Groener-Bündnis: SPD + OHL

- Motive Eberts:
 - Einbindung der Heeresleitung [dann hatte Ebert sie mehr unter Kontrolle, dachte Ebert]
 - Sicherung der SPD-Regierung
 - Verhinderung einer bolschewistischen Revolution
- Motive Groeners:
 - Eindämmung der Revolution
 - Teilnahme des Offizierkorps an der Macht
 - Rechter Flügel der SPD als Bundesgenosse zur Bewahrung der ersten Ordnung
 - [Ebenfalls Verhinderung einer bolschewistischen Revolution]

[Die USPD konnte sich nie so richtig mit dem Ebert-Groener-Bündnis anfreunden.]

24.03.2006

0.1.4 Forderungen an eine demokratische Verfassung

- Volkssouveränität
- Grundrechte
- Gewaltenteilung
- Pluralismus
- Freie, allgemeine, gleiche, geheime Wahlen
- Regierungskontrolle
- Sozialstaatlichkeit

0.1.5 Elemente der Weimarer Verfassung

28.03.2006

- **Direkte Demokratie:**

- Wahl des Reichstags (Art. 22)
- Direktwahl des Reichspräsidenten (Art. 41) [dass der Reichspräsident direkt gewählt wird ist die Begründung seiner großen Macht]
- Volksbegehren/-entscheid (Art. 73)

Kombination von Befugnissen der Wähler

→ Weitgehende Ausschaltung des Reichspräsidenten (XXX: richtig abgeschrieben?)

- **Parlamentarische Demokratie:**

- Gesetzgebung (Art. 68)
- Veto gegen Notverordnungen (Art. 48)
- Einfaches Misstrauensvotum¹ (Art. 54)
- Antrag zur Absetzung des Reichspräsidenten (Art. 43)

Kombination von Befugnissen des Reichstags

→ Weitgehende Ausschaltung des Reichspräsidenten

- **Präsidialdemokratie:**

- Einsetzung und Entlassung des Reichskanzlers (Art. 53)
- Auflösung des Reichstags! (**Art. 25**)

¹bei uns: Konstruktives Misstrauensvotum – Nachfolger muss bereits gewählt sein. Dient der Verhinderung von Zeiten ohne Reichspräsident, wie es bei der Weimarer Republik oft der Fall war.

- Notverordnungsrecht! (**Art. 48**)
- Herbeiführung des Volksentscheids (Art. 73)

Ersatzkaiser!

Kombination von Befugnissen des Präsidenten

→ Weitgehende Ausschaltung des Reichstags

[Reichspräsident kann Grundrechte außer Kraft setzen.]

[Souverän ist das Volk (im Gegensatz zur Verfassung des Kaiserreichs von 1871, nach der der Bundesrat Souverän war).]

0.1.6 Grundzüge der Weimarer Verfassung

- Grundrechte werden erwähnt, können aber aufgehoben (Art. 48) und nicht eingeklagt werden.
- Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (wird z.B. bei Wahl des Reichspräsidenten voll durchgesetzt).
- Wahlberechtigt sind alle Bürger über 20, auch Frauen.
[Eine Entmündigung der Frau war, nachdem die Frauen im 1. Weltkrieg Männerarbeit übernommen hatten (Versorgung der Familie, Rüstungsindustrie, . . .), nicht mehr denkbar.]
- Verhältniswahlrecht statt Mehrheitswahlrecht²
- Aufwertung des Reichstags (Gesetzgebung, Misstrauensvotum)
- Länder existieren als Staaten weiter, aber [das] Reich hat erheblichen Zuwachs an Kompetenzen erhalten.
- Starke Stellung des Reichspräsidenten: „Ersatzkaiser“
- Reichsrat hat nur zurückweisbares Veto bei Gesetzgebung (aber auch Initiative).
- Volksbegehren, Volksentscheid beteiligen Wahlbürger unmittelbar an Gesetzgebung.

31.03.2006

²In einer Mehrheitswahl ziehen nur solche Kandidaten in das Parlament ein, die in ihrem jeweiligen Wahlkreis die Mehrheit an Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten. Alle anderen Stimmen verfallen („the winner takes all“-Prinzip). (Wikipedia)

[„Das Grundgesetz – Lehren aus Weimar“ (B. S. 223, Quelle M8)

- „Die Demokratie der Weimarer Republik beging Selbstmord.“
D.h.: Die Demokratie hatte sich nicht selbst beschützt, sondern ausschließlich die Volksmehrheit entscheiden lassen. Da sich das Volk gegen die Demokratie entschieden hatte (und für die NSDAP), „beging“ die Demokratie „Selbstmord“.
- Im deutschen Grundgesetz dagegen beschützt sich die Demokratie selbst.
 - Es gibt es viele Hürden/Hindernisse, die ein Beseitigen der Demokratie sehr schwer machen.
 - Außerdem kann das Bundesverfassungsgericht beispielsweise bei nicht verfassungsmäßigen Gesetzesbeschlüssen durch den Bundestag einschreiten.
- Das Grundgesetz wurde deswegen so gestaltet, weil die Macher der Verfassung die negativen Folgen (Hitler) miterlebt hatten und eher Pessimisten waren – nicht: „das wird schon nicht wieder passieren“, sondern: „lasst uns alles dagegen unternehmen, damit Hitler 2 nicht an die Macht kommen kann“.
- (Soll sich die Demokratie selbst schützen oder der Volksmehrheit folgen und gegebenenfalls „Selbstmord begehen?“ – Z. 65ff.)]

[„Das Rätssystem in der Theorie“ (Blatt „Auseinandersetzungen um die neue politische Ordnung“, Quelle M1)

- Ideal: Das Volk entscheidet und regelt selbst.
- Problem: Bei sehr vielen Einwohnern geht das nicht.
- Daher notwendige Veränderungen:
 - Wahl von Delegierten

- * Delegierte dürfen nicht ihre eigene Meinung vertreten, im Gegensatz zu Abgeordneten, die relativ frei, nach ihrem eigenen Gewissen, entscheiden dürfen (nur in der Praxis Druck der Partei; freies Mandat).
Delegierte erhalten Anweisungen von ihren Wählern, die sie befolgen müssen (imperatives Mandat).
- * Delegierte können jederzeit abgesetzt werden, etwa, wenn sie den Wählerwillen nicht befolgen (recall).
- * Die Delegierten sollen aus der gleichen sozialen Schicht stammen wie die Wähler.
(Eigentlich soll's ja gar keine sozialen Schichten mehr geben (wegen (*)); hier wird aber trotzdem der Sichtbegriff genannt, es wird also auf die Realität eingegangen.)

- Volksentscheide

- Ziel ist nicht, Mehrheitsentscheide herbeizuführen.

Stattdessen: Versuch, allgemein akzeptierte Meinungen zu finden, die dann umgesetzt werden können (vgl. Rousseau). (*)

- Kein Herrscher übers Volk

04.04.2006

- Keine Gewaltenteilung (unnötig wegen Aufhebung der Klassenherrschaft; keine einzelnen Regierungspersonen)

- Zugrundeliegendes Menschenbild: Vernunftausgestatteter Mensch; Jeder kann vernünftig denken und kommt zu gleichen Ergebnissen (Volonté générale; Rousseau)

- Rätehierarchie

- Keine Parteien, keine Verbände; kein Mehrparteiensystem

31.03.2006

- (Siehe auch: B. S. 215)

04.04.2006

- Übernahme einiger Aspekte des Rätensystems durch die Grünen:
Ein Grüner ist entweder Abgeordneter oder er hält eine höhere Position innerhalb der Partei inne.

- Kritik am Rätensystem:

- Gemeinsame Willensbildung sehr schwierig (viele Leute, viele unterschiedliche Ausgangsbasen)

- Konsens geht auf Kosten der Minderheiten und der Mehrheiten:
Es wird ja nur eine Meinung aus einer Versammlung herausgetragen; diese muss nicht notwendigerweise der ursprüngliche Meinung der Mehrheit entsprechen.
Außerdem können Minderheiten eventuell besser vertreten sein (z.B. bessere Redner etc.).
- Langwieriger Entscheidungsfindungsprozess
- Menschenbild unrealistisch
- Daher in der Praxis unpraktikabel; zwingt man's trotzdem, hat man entweder Diktatur von Minderheiten oder ein sehr träges System.

- (Blatt: „Die Entwicklung zur bayerischen Räterepublik“)]

0.1.7 [Der Versailler Vertrag

- Französischer Revanchismus;
 - Frankreich will nicht, dass sich Deutschland schnell erholt.
 - Frankreich will nicht, dass Deutschland an den Friedensverhandlungen teilnehmen darf.
- Englische Devisen:
 - (England war immer Hegemonialmacht, England hat's aber besser verkaufen können:
 - * balance of power
 - * Schiedsrichterposition)
 - England will einen lebensfähigen deutschen Staat; „ansonsten müsste man eventuell Geld reinpumpen, damit die Leute nicht verhungern. . .“
- Ziele Amerikas:
 - Der deutsche Staat soll demokratisch sein (Wilson's 14 Punkte; Grund für Hoffnung der Deutschen)

- Amerika will sein Geld zurück: Die USA hatten Frankreich und England Kredite gewährt; Reparationszahlungen Deutschlands zur Wiedergutmachung aller Kriegsschäden (ca. 150–200 Milliarden Goldmark) wären also vorteilhaft; damit könnten die Kredite zurückgezahlt werden.

Grundlage dafür: Feststellung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands (Artikel 231 des Versailler Vertrags)

Ziele/Folgen/Konsequenzen des Versailler Vertrags

- Wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands
 - Besatzung Deutschlands? – Nein, zu teuer.
 - Keine Handelsbeziehungen mit Deutschland eingehen? – Nein, das wäre ein Eigentor; dann könnte man ja auch nichts absetzen. (*)
 - Keine Rohstoffe liefern? – Nein; (*)
 - Vorhandene Rohstoffe wegnehmen? – Ja! Gebietsabtretungen (u.a. Elsaß–Lothringen (Industriegebiet), Oberschlesien (rohstofftechnisch sehr wichtig für die Industrie), Posen und Westpreußen (→ Gründung des eigenständigen polnischen Staats; damit Abtrennung Ostpreußens vom Rest Deutschlands (heute gehört Ostpreußen zu Russland))), Besetzung des Rheingebiets (XXX: richtig mitgeschrieben?), Ruhrgebiet als entmilitarisierte Zone
- Militärische Beschränkungen
 - Nur noch Berufsheer von 100.000 Mann → Entwurzelung vieler Berufssoldaten, die dann arbeitslos wurden → Freikorps (Kräfte pro Monarchie; ungut für den Staat)
 - Keine Schlachtschiffe, U-Boote, Luftstreitkräfte, schwere Waffen (BTW: Ausnutzung der schwammigen Definition von „schweren Waffen“ und des waffentechnischen Fortschritts durch Hitler), Generalstab
- Demütigung Deutschlands

- Kriegsschuldartikel
 - Auslieferung der „Kriegsverbrecher“
 - Souveränitätsbeschränkungen
 - Überwachungskommission der Entente:
 - * Reparationskommission
 - * Abrüstungskommission
 - Entzug der Kolonien (wirtschaftlich war dies vollkommen egal, aber dies war eine große Demütigung: Der offizielle Grund für den Kolonienentzug war, dass Deutschland unfähig gewesen sei, die Kolonien zu verwalten)
- Rechte wettern gegen den Versailler Vertrag → Stimmen für die Rechten;
 - Allgemein schlechte Stimmung
 - Entstehung neuer Staaten (B. S. 227, 231): Späteres Jugoslawien, Polen, Tschechoslowakei
 - Die Deutschen verstanden das ganze nicht, weil keine Kriegshandlung auf deutschem Boden stattgefunden hat.
 - Die Regierung, die den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, hatte wegen der schlechten Stimmung große Probleme (starkes linkes Potenzial (→ Räteregime), Freikorps, Altkonservative etc.)

07.04.2006

Blatt „Zwei Fachwissenschaftliche Bewertungen des Versailler Vertrags“ (XXX)

- Ludwig Dehio (1955)
 - Versailler Vertrag provozierend für Deutschland, Vertrag nicht versöhnlich
 - Deutschland fühlt sich geknechtet, hat aber nicht so wahnsinnig Angst vorm Frieden
 - Versailler Vertrag zu hart für milden Frieden, zu schwach für längerfristige Niedrighaltung Deutschlands (v.a. Frankreich wollte einen sehr harten Vertrag, England und USA waren mehr auf Versöhnung aus)

- Versailler Vertrag zusammengebaut aus idealistischen (Wilson's 14 Punkte) und realistischen Paragraphen (Gebietsentzüge etc.)
- Es gab keine Macht, die Deutschland in Schach/klein hätte halten können.
 - Gebietsentzüge („wenn´s keine überlegene Macht gibt, dann entziehen wir halt stattdessen Gebiete“)
- Ulrich Salewski (1980)
 - Versailler Vertrag nicht so schlimm wie viele immer meinen
 - Kriegsschuldartikel sollte eigentlich „Kriegsschuldenartikel“ heißen; den Artikel gab´s eigentlich nur, um (vollständige) Reparationsforderungen stellen zu können (wenn Deutschland offiziell nicht die Alleinschuld tragen würde, hätte man nicht Reparationszahlungen (in dieser Höhe) verlangen können).
 - Der Kriegsschuldartikel war also ausschließlich finanziell-zivilrechtlich; dieser Aspekt wurde in Deutschland aber unterdrückt (Propaganda etc.)
 - Volk wertete den Versailler Vertrag als moralischen Pranger
 - Schaffung des Friedens auf Kosten der Demokratie:
 - XXX XXX Revisionspolitik (Veränderung Deutschlands im Sinne Deutschlands) → Erschütterung der Weimarer Verfassungsidee

25.04.2006

0.1.8 „Fritz Fischer: Vom Zaun gebrochen – nicht hineingeschlittert“ (B. S. 234, Quelle M4)

- Vorbereitung des Kriegs durch Deutschland (politisch, militärisch, wirtschaftlich, geistig)
- Anschlag als idealer Vorwand, als (positiv zu verstehende) Chance
 - Benötigung der Unterstützung Deutschlands durch Österreich

– Verbürgung der Konstellation durch Bündnistreue

- Ultimatum Deutschlands an Russland als Provokation für Russland
- Desinteresse Deutschlands und Österreichs an Verhandlungen
 - Abweisung der Verhandlungsversuche Russlands
- Beschließung der Generalmobilmachung in Russland – Russland will Serbien sich nicht so einfach nehmen lassen.
- Österreich doch bereit zur Einigung mit Russland (Z. 64) → Friedensgespräche
- Reaktion Deutschlands auf Österreichs Einigungsversuche: Deutschland ist ein bisschen verzweifelt („wir verlieren Österreich als Partner“)
 - Ultimatum Deutschlands an Frankreich und Russland, damit das Problem (die Friedensverhandlungen) schnell beseitigt wird
- Ablehnung Russlands wegen der hohen Forderung des Abbruchs der russischen Generalmobilmachung
- Kriegserklärung Deutschlands an Russland
- Beurteilung der Quelle: „Naja“ – beispielsweise hat Deutschland zwar zuerst gegen die englischen Vermittlungsversuche gegengelenkt, dann aber eingelenkt.

0.1.9 „Von der Politik des »kalkulierten Risikos« zum Durchbruch des Präventivkriegsgedankens“ (B. S. 236, Quelle M5)

- Attentat ist Dilemma für Deutschland
 - Risiko eines Weltkriegs
 - Hoffnung auf Vermeidung (diplomatisch-politische Kraftprobe; Z. 13)

- Deutschland meinte, man müsse Österreich wegen den Bündnisverpflichtungen helfen müssen.
- Innenpolitischer Druck in Russland führte zu für Deutschland irrationalen Verhalten Russlands;
- Deutschland hat sich verrechnet; das Risiko war unter der Annahme kalkuliert, dass die anderen Länder sich zu schwach fühlen, um wirklich in den Krieg zu ziehen (Russland hatte beispielsweise Rüstungsprobleme). Auch wurde der innenpolitische Druck in Russland nicht mit einbezogen.
- Die Theorie des kalkulierten Risikos ist also gescheitert, der Generalstab konnte seine Meinung (pro Krieg) durchsetzen („längeres Warten wäre gefährlich“).]

12.05.2006

[Die Reichwehr ging gegen linke Aufstände vor, nicht aber gegen rechte: Die Rechten waren durch die Freikorps vertreten – gehörten also früher zur Reichswehr; „Truppe schießt nicht auf Truppe“]

[Die Mehrheit war zwar für die Republik, aber die Mehrheit war still, nicht politisch aktiv. Nur die Gegner der Republik unternahmen was.]

0.1.10 [„Die Sühne der politischen Morde 1918–1922“ (B. S. 251, Quelle M4)

- Die Rechten kamen (sehr) gut davon (326/354 ungesühnt),
- die Linken dagegen kamen schlecht davon (4/22 ungesühnt).
- Tendenz der Justiz klar pro Rechts; Beispiel auch: Hitlers Haft nach seinem ersten, missglückten Putschversuch betrug nur neun Monate (statt mindestens zehn oder so).

Grund dafür: Die Entscheidungsträger waren ja die alten Beamten – Beamte kann man ja auch nicht so schnell einfach entlassen – und die waren noch monarchisch gesinnt, Treue zum Kaiser etc. → Klar pro DNVP

- Auswirkung auf die Bevölkerung:
Abstumpfung des Rechtsgefühls]

[Separatistenbewegungen, vor allem in Bayern]

16.05.2006

0.1.11 [Inflation in der Weimarer Republik]

Gründe

- Umstellungskosten für die Friedenswirtschaft
- Reparationen in Goldmark [also in Gold, nicht beliebig druckbarem Papiergeld]
- Finanzierung von Lebensmitteleinfuhren durch die Notenpresse
- Verringeretes Angebot durch Reparationen
- Staatsfinanzierung durch Reichsbankdarlehen
- Fehlende Steuereinnahmen während des Ruhrkampfes
- Finanzierung des Ruhrkampfes mit der Notenpresse

Verlierer der Inflation

- Inhaber von Sparguthaben
- Inhaber von Pfandbriefen
- Inhaber von staatlichen Schuldscheinen
- Vermieter
- Arbeitnehmer [insbesondere auch Beamte]

Nutznießler der Inflation

- Staat
- Private Schuldner
- Spekulanten
- Investoren

Folgen

- Teilweise Verarmung (Proletarisierung) des bürgerlichen Mittelstands
- Abwälzung der Kriegskosten auf einen Teil der Bevölkerung
- Verstärkung der sozialen Unterschiede in der deutschen Gesellschaft
- Unzufriedenheit mit der Politik und der Struktur des neuen Staats: Vertrauensschwund

[Der Staat hatte anfangs nichts großes gegen die Inflation gemacht – er wollte den Alliierten zeigen, dass Deutschland den Forderungen des Versailler Vertrags nicht nachkommen **konnte**. Später gab's dann die von rechts stark kritisierte Erfüllungspolitik – der Staat wollte die Unmöglichkeit der Erfüllung des Versailler Vertrags dadurch zum Ausdruck bringen, indem er alles möglichst stark versuchte.]

19.05.2006

0.1.12 [Die Außenpolitik der Weimarer Republik

- Deutschland war isoliert, hatte also keine Bündnisse.
- Ziele der Außenpolitik waren daher:
 - Gleichstellung Deutschlands → Aufhebung der Isolation; Integration Deutschlands
 - Bewahrung des Friedens
 - Revision des Versailler Vertrags]

[Wieso war auch die Sowjetunion isoliert? – Weil sie sozialistisch/kommunistisch war.]

[Ein Bündnisschluss zwischen Österreich und Ungarn sowie Deutschland und Österreich war verboten.]

[Der Rapallo-Vertrag 1922

Überlegung: Sollte Deutschland mit der Sowjetunion ein Bündnis eingehen?

- Eigentlich nicht, weil:
 - Die Sowjetunion war sozialistisch/kommunistisch.
 - Das Ansehen Deutschlands (und damit die Hoffnung auf Versöhnung etc.) würde mit einem Bündnisschluss mit der Sowjetunion noch weiter sinken.
 - Einige der Krisen der Republik – Aufstände von links – kamen ja/wurde von der Sowjetunion unterstützt.
 - Insbesondere von rechts würde der Vertrag auf großen Widerstand stoßen.
 - (Die Sowjetunion befürwortete das Bündnis, kritisierte aber, dass der Impuls nicht vom Volk ausging.)
- Trotzdem wurde 1922 der Rapallo-Vertrag geschlossen.
- Vorteile, die sich damit ergaben:
 - Begünstigung bei Wirtschafts-/Handelsbeziehungen (beispielsweise Exportmöglichkeiten für die deutsche Schwerindustrie)
 - Rüstungsmateriallieferungen an die Sowjetunion (Material, Know-how, Endprodukte); im Gegenzug durfte Deutschland in der Sowjetunion neue Waffen testen, die wegen technologischen Fortschritts die Restriktionen des Versailler Vertrags unterliefen. (Die Waffen in Deutschland selbst zu testen war verboten.)
„lol“ Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee
 - Verzicht auf gegenseitige Reparationszahlungen
- Annahme des Vertrags nicht sehr positiv, da ja komisches Regime in der Sowjetunion etc. – die Leute hatten Panik vor einer sowjetischen Weltrevolution (→ Locarno-Vertrag zur Beruhigung). Die SPD hielt den Zeitpunkt für nicht richtig, nur die DVP (XXX korrekt?) fand als einzige Partei der Vertrag für wirklich gut.]

[„Grundzüge der Außenpolitik Stresemanns“ (B. S. 261, Quelle M3)

- Sicherstellung des Friedens und Lösung der Reparationsfrage (Absenkung der Reparationszahlungen auf ein erträgliches Maß) durch den Sicherheitspakt/Vertrag von Locarno [ist Stresemann zu seiner Zeit nicht wesentlich gelungen (u.a. weil in Frankreich ein deutschlandfandlicher Chef an die Macht gekommen ist), langfristig gesehen aber sehr wohl]

Vertrag von Locarno 1925 (wesentliches Ziel: Aussöhnung; beinhaltet Sicherheitspakt) und Berliner Vertrag 1926:

- Vertragsinhalte:

- * Garantie der Westgrenzen [sollte es zur Verletzung der Grenzen kommen, würden England etc. sofort einschreiten]
- * Angriffsverzicht gegenüber Frankreich und Belgien (Da man rein kriegstechnisch gesehen sowieso nicht hätte Krieg führen können, war dies quasi nur eine theoretische Einschränkung.)
- * Aussöhnung mit Frankreich
- * Deutschland–Italien, Deutschland–Frankreich, Deutschland–Belgien, Deutschland–England = Westpakt
- * Offenhaltung der Ostgrenze
- * Revisionsmöglichkeiten (Gewaltverzicht)
- * Isolierung Polens

23.05.2006

- Misstrauen der Sowjetunion: Deutschland sollte laut Vertrag von Locarno im Falle eines russischen Angriffs die Alliierten/die Entente/XXX unterstützen
- Daher der Berliner Vertrag als Freundschaftspakt mit Russland zur Beruhigung
- Ergebnis der beiden Verträge:
 - * Deutschland ist sicher vor einem englisch–französisch–sowjetischem Konflikt.
 - * Deutschlands Eintritt in den Völkerbund (1926) ist vorbereitet.

- * Beruhigung der Bevölkerung, die panische Angst vor einer sowjetischen Weltrevolution hatte; mit dem Vertrag von Locarno hätte Deutschland im Fall des Falles viele Verbündete gegen Russland.

19.05.2006

- Schutz der Auslandsdeutschen (Deutsche, die in den weggenommenen Gebieten Deutschlands lebten; ca. 10–12 Millionen) durch Eintritt in den Völkerbund

Der Völkerbund war zu der Zeit noch nicht so mächtig wie die UNO heute – beispielsweise stand keine Armee hinter ihm etc. Es zählte die Integration Deutschlands – Deutschland sollte wieder „dazu gehören“. Stresemann wollte den Völkerbund als Plattform nutzen, um Probleme zu lösen und Deutschlands Ansehen aufzubessern.

Die Stimmung für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund war eher schlecht (lies: katastrophal), da man befürchtete, Deutschland könne bei Entscheidungen überstimmt werden. Dabei mussten Beschlüsse immer einstimmig gefasst werden; diese Sorge war also unbegründet.

- Korrektur der Ostgrenzen: Wiedergewinnung Danzigs und Korrektur der Grenze in Oberschlesien
- Ganz im Hintergrund: Anschluss Deutschlands an Österreich
Dieser Hintergedanke Stresemanns wird oft vergessen, weil Stresemann anscheinend eher positiv gesehen wird, Hitler diesen Anschluss aber auch verfolgte.
- Aufhebung der Besatzung Deutschlands (beispielsweise im Ruhrgebiet)
- (Weiteres, nicht erreichtes Ziel: Vorzeitige Rückgliederung des Saarlands)
- (Gegen Bolschewismus)]

[„Innenpolitische Auseinandersetzung um die Locarno-Verträge“ (B. S. 263, Quelle M4)

- Meinung der Linken: Die Verträge führen zu/bedeuten. . .

- Verschärfte Ausbeutung, Entrechtung und Unterdrückung Deutschlands → Elend, Not
- Deutschland als Kriegsbütteldienstleister
- Auslieferung des Rheinlands
- **Kriegsdienstverpflichtung der deutschen Bevölkerung für die Entente gegen Russland**
- Anerkennung des Besatzungsregimes

- Meinung der Nationalsozialisten:

Deutschland, das durch die Reichsgründung ein in sich geschlossener Staat geworden sei, würde durch den Vertrag von Locarno wieder zerrissen werden.]

[Endgültige Reduzierung der Reparationszahlungen auf eine relativ geringe einmalige Zahlung (die dann auch nicht gezahlt wurde) durch den Young-Plan.]

24.06.2006

0.1.13 Übersicht über die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik

- **Autoritäre Staatstradition**
 - Demokratiefeindschaft
 - Parlamentarismusfeindschaft
- **Republikfeindschaft**
 - Abgrenzung von „Novemberverbrechern“
 - Dolchstoßlegende
- **Belastungen durch den Versailler Vertrag**
 - Gebietsabtretungen
 - Reparationen
 - Ruhrbesetzung
- **Inflationserfahrungen**

- Verarmung der Mittelschichten
- Politische Radikalisierung
- Kapitalismusfeindschaft

- **Schwächen der Verfassung**

- Reichspräsident als Ersatzkaiser
- Reichstagsschwäche

→

- Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit
- Ende der Weimarer Koalition
- Kampf der KPD gegen die SPD, Zerstrittenheit der Linken
- Bürgerkriegsstimmung zwischen Links- und Rechtsradikalen
- Scheu der Eisernen Front vor Gewaltaktionen zur Rettung der Republik
- Versagen der Präsidialkabinette
- Massenwirksame NS-Propaganda

→ Ende der Weimarer Republik